

# Teure Militärberater: Jetzt wird die Politik aktiv

- 22.11.2024
- 20min.ch / 20 Minuten Online

Darum gehts Jüngst häufen sich Berichte über üppig alimentierte Beratermandate beim Bund – jetzt scheint das Fass übergelaufen zu sein. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats möchte dem VBS künftig genauer auf die Finger schauen. Die Idee stammt von Nationalrätin Andrea Zryd (SP) – und fand innerhalb der Kommission breite Unterstützung von beiden Seiten des politischen Spektrums. Während der Corona-Pandemie kassierte ein externer Berater im Verteidigungsdepartement ein Tageshonorar von 1800 Franken. Insgesamt stellte der ehemalige Berufsoffizier dem Bund 412'000 Franken in Rechnung – über einen Zeitraum von rund 15 Monaten.

Das Honorar erwecke den Verdacht auf möglichen Amtsmissbrauch oder ungetreue Geschäftsführung, erklärt Loris Fabrizio Mainardi. Der Unternehmensjurist hat deshalb eine Strafanzeige eingereicht, wie die «Basler Zeitung» berichtet: Der ehemalige Berufsoffizier sei bis zu seinem 50. Altersjahr dienstpflichtig – anstelle der externen Beratertätigkeit hätte man ihn zum Covid-Assistenzdienst einberufen können, was viel Geld gespart hätte. Nationalrätin Andrea Zryd (SP) will genauer hinschauen. Bereits Ende Oktober hatte das Honorar von Amherd-Beraterin Brigitte Hauser-Süess die Gemüter in Bundesbern erhitzt. Allgemein beobachtet SP-Nationalrätin Andrea Zryd eine Häufung solcher Beispiele – sie möchte künftig genauer hinschauen: In der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SiK-N) hat sie einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Der Bundesrat soll überprüfen, unter welchen Bedingungen und nach welchen Kriterien das VBS externe Beratermandate, Gutachten und Dienstleistungsverträge vergibt. Die Bernerin ist überzeugt: «Diese Riesengehälter haben einen faden Beigeschmack – insbesondere vor dem Hintergrund der umfassenden Sparbemühungen beim Bund.» Künftig müsse der Bund Transparenz, Effizienz und die Vermeidung von Interessenkonflikten sicherstellen. Ferner müssten auch interne Alternativen geprüft werden, erklärt Zryd. Schliesslich sei bei der Vergabe von Gutachten, Verträgen und Mandaten «jegliche Gefälligkeitsdienstleistungen und sonstige Befangenheiten» zu verhindern.

Mehrheit der Nationalratskommission einverstanden Der Vorstoss von Zryd wurde in der Kommission mit einer komfortablen Mehrheit von 19 zu vier Stimmen angenommen. Jetzt wird das Anliegen in Form einer Kommissionsmotion ans Parlament überwiesen – findet sie in beiden Kammern eine Mehrheit, muss der Bundesrat handeln. Dennoch war der Vorstoss nicht unumstritten. Auf Anfrage erklärt Mitte-Nationalrat Martin Candinas, dass er das Anliegen zwar grundsätzlich teile: «Das müsste aber über die gesamte Bundesverwaltung angegangen werden – es ist nicht zielführend, wenn jede Kommission in Eigenregie nur «ihrem» Departement auf die Finger schaut.» Stattdessen hofft der Bündner, dass sich die Finanz- oder die Geschäftsprüfungskommission der Sache ganzheitlich annehmen.

Damit ist auch SVP-Nationalrat Thomas Hurter einverstanden – die Motion begrüsst er trotzdem: «Leider kommt das zu spät. Unsere Bundesräte vergessen zunehmend, dass sie mit ihren Leuten selber entscheiden sollten – statt die Verantwortung auf teure Beratungsbüros abzuwälzen.» Dem stimmt auch Zryd zu, wie sie erklärt: «Grundsätzlich existieren diese Probleme auch bei anderen Departementen.» Aus diesem Grund werde die Sicherheitskommission einen Brief an die Finanzkommission verfassen, dass sie sich dem Thema annehmen soll. Mit üppigen Beraterlöhnen sorgte das Verteidigungsdepartement jüngst für Schlagzeilen.

Jetzt will die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats dem VBS genauer auf die Finger schauen. Nationalrätin Andrea Zryd (SP) will genauer hinschauen Mehrheit der

Nationalratskommission einverstanden Kaspar Schwarzenbach SP-Nationalrätin Andrea Zryd ist der Meinung, dass der Bund künftig Transparenz, Effizienz und die Vermeidung von Interessenkonflikten sicherstellen müsse.20min/Matthias Spicher «Es ist nicht zielführend, wenn jede Kommission in Eigenregie nur «ihrem» Departement auf die Finger schaut», sagt Mitte-Nationalrat Martin Candinas.20min/Simon Glauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter begrüsst die Motion, doch leider komme sie zu spät.20min/Matthias Spicher Kürzlich wurden vermehrt Berichte über grosszügig vergütete Beraterverträge beim Bund bekannt – nun scheint das Fass übergelaufen zu sein.